

Blick auf die auswärtigen Angelegenheiten des Kantons Freiburg

2024



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Freiburg auf der Bundesbühne	2
Perspektive Bahn 2050	2
Kulturbotschaft	3
Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft)	4
Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes (Motion Fässler)	5
Für unabhängige Printmedien	6
Umweltschutzgesetz	7
Begegnung mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider	8
Ausbildung in Bundesangelegenheiten	9
2 Interkantonale Beziehungen	10
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	10
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	11
Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	12
3 Internationale Beziehungen	13
Grand Est	15
Besuch des Botschafters der Europäischen Union	16
4 Rückblick in Bildern	17
5 Anhänge	19

Einleitung

In unserem föderalen System spielt jede staatliche Ebene eine wichtige Rolle. Was auf Bundes- oder internationaler Ebene geschieht, hat auch Auswirkungen auf den Kanton Freiburg, weshalb der Austausch und die Zusammenarbeit wesentlich sind. Der Staatsrat bringt seine Anliegen in Bundesbern und in den interkantonalen Konferenzen vor, sei es in der KdK, der WRK oder den Fachkonferenzen.

Auf nationaler Ebene verfolgt der Staatsrat verschiedene Projekte und Gesetze aufmerksam, um für die Interessen des Kantons zu werben. In diesem Zusammenhang verfolgt er das Programm zur strategischen Entwicklung der Bahninfrastruktur (STEP) des Bundes im Zusammenhang mit der Entwicklung des Freiburger Bahnnetzes genau. Der Staatsrat möchte Freiburg deutlich näher an die grossen Städte heranbringen sowie Bulle noch schneller von Freiburg, Lausanne oder auch Bern aus erreichbar machen, wobei die aktuellen klimatischen und demografischen Herausforderungen berücksichtigt werden sollen.

Auch die Bildung ist für den Kanton Freiburg ein zentrales Element. Der Staatsrat hat sich daher bei der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für eine angemessene Finanzierung eingesetzt. Ebenfalls unter dem Aspekt der Bildung

und der Innovation organisierte die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) im September eine Veranstaltung im Bundeshaus. Die Fachhochschule Westschweiz HES-SO mit ihren 28 Schulen in sieben Kantonen wurde in den Vordergrund gestellt. Sie ist übrigens die zweitgrösste Hochschule der Schweiz.

Auf internationaler Ebene beobachtet der Staatsrat mit Besorgnis die sich häufenden Krisen, sei es in der Ukraine, in Gaza oder woanders auf der Welt. Umso wichtiger ist es, dass es uns gelingt, unsere Beziehungen zur Europäischen Union zu stabilisieren. Als Mitglied der Europakommission der Konferenz der Kantonsregierungen konnte ich die Fortschritte und Entwicklungen bei den Verhandlungen über das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU begleiten. In diesem Zusammenhang konnte sich der Staatsrat auch im Rahmen eines Arbeitstreffens zu diesem Thema mit dem Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz austauschen.

Olivier Curty
Staatsrat



Offizielles Staatsratsfoto 2024. © Etat de Fribourg – Staat Freiburg

1 Freiburg auf der Bundesbühne

Perspektive Bahn 2050

Der Kanton Freiburg hat seine Vision zur Bahnentwicklung auf seinem Gebiet in seinem «Bericht – Vision Bahn 2050+» erläutert. Dieser entwickelt die nächsten Ausbaustufen des strategischen Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur (STEP) des Bundes, da der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Freiburg hat sich verschiedene Ziele gesetzt und möchte damit auf das äusserst starke Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum des Kantons reagieren sowie Umwelt- und Klimaziele und eine nachhaltige Mobilität erreichen. Insbesondere hat er das Bestreben, den Schienenverkehr gegenüber dem Flugverkehr und dem Auto konkurrenzfähig zu machen. Eine Analyse dieser Verkehrsart zeigt jedoch, dass der Schienenverkehr noch verbessert werden muss.

Die Vision Bahn 2050+ des Kantons Freiburg verfolgt deshalb drei Ziele. Laut dem ersten sollen die Fahrzeiten verkürzt werden, um Freiburg und Bulle

besser in das nationale Fernverkehrsnetz zu integrieren, laut dem zweiten sollen die Regionen verbunden werden und laut dem dritten soll schliesslich der Takt tendenziell erhöht werden. Kurz gesagt: Freiburg sollte 30 Minuten an Lausanne, 15 Minuten an Bern und 65 Minuten an Zürich und Genf heranrücken, während Reisende Bulle in 25 Minuten von Freiburg, 35 Minuten von Lausanne und 45 Minuten von Bern aus erreichen könnten. Um diese Ziele zu erreichen, müssen zuerst die Eisenbahninfrastrukturen in bedeutendem Ausmass ausgebaut werden: neue Strecken zwischen Freiburg und Romont und zwischen Romont und Lausanne, neue Kreuzungspunkte und Doppelspurabschnitte auf dem einspurigen Netz usw.

Der Kanton Freiburg wird daher weiterhin darauf achten, dass die Projekte dieses Angebots in den nächsten Etappen des STEP gestaffelt berücksichtigt werden.



Der Kanton Freiburg möchte auf die verschiedenen aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Bahnausbau reagieren, z. B. auf den Bevölkerungsanstieg und auf Klimafragen. Er will auch die Fahrzeiten verkürzen und Freiburg und Bulle besser in das nationale Fernverkehrsnetz integrieren. © UFT / FTV / M. Ureta

Kulturbotschaft

In der Kulturbotschaft wird die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes für einen Zeitraum von vier Jahren festgelegt. Zum ersten Mal wurden die betroffenen Akteure in die Gestaltung der Botschaft einbezogen. So wurden sechs Handlungsfelder bestimmt: Kultur als Arbeitswelt, Aktualisierung der Kulturförderung, Digitale Transformation in der Kultur, Kultur als Dimension der Nachhaltigkeit, kulturelles Erbe als lebendiges Gedächtnis und Zusammenarbeit im Kulturbereich.

Der Staatsrat nahm während des Vernehmlassungsverfahrens Stellung und verfolgte das Geschäft genau, als es in die eidgenössischen Räte ging. So sprach er sich für eine Erhöhung der Mittel aus, damit die neuen Ziele erreicht werden können und gleichzeitig der Fortbestand der bestehenden

Massnahmen gesichert werden kann. Der Staatsrat sprach sich auch für eine gerechte Entlohnung und Gesetzesänderungen im Bereich der Sozialversicherungen für Kulturschaffende aus, damit man dem besonderen Status von Kulturschaffenden besser gerecht werden kann. Er wies darauf hin, welche Bedeutung die Beibehaltung der Unterstützung für die Kantone hat, damit die Zweisprachigkeit im kulturellen Umfeld unterstützt werden kann. Der Staatsrat wies auch auf die Bedeutung der Betriebsbeiträge für Museen hin, in deren Genuss auch das Vitromusée in Romont kommt. Diese Massnahme ist für diese Institution von entscheidender Bedeutung.

Im Allgemeinen ist der Kanton Freiburg trotz den finanziellen Problemen des Bundes in den nächsten Jahren mit dem Entwurf zufrieden.



Der Kanton Freiburg spricht sich für mehr Mittel für die Kultur, eine gerechte Entlohnung und Gesetzesänderungen im Bereich der Sozialversicherungen für Kulturschaffende aus. © H. Rappo

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft)

Der Bundesrat, der die Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik für die Jahre 2025 bis 2028 festlegt, hat den Eidgenössischen Räten die Botschaft zur [Förderung von Bildung, Forschung und Innovation \(BFI\) für den betreffenden Zeitraum überwiesen](#). Der Bundesrat hat Investitionen in Höhe von 29,2 Milliarden Franken vorgesehen. Die BFI-Botschaft 2025-2028 ist die erste, zu der ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wurde, was im Übrigen das Ausgabenvolumen aufgrund der anhaltenden finanziellen Herausforderungen des Bundes um 0,5 Milliarden Franken verminderte.

Viele Themen berühren den tertiären Bereich in der Schweiz, seien es Budgetkürzungen, die Nichtmitgliedschaft bei den europäischen Forschungsprogrammen oder die Höhe der Kosten für Beiträge seitens des Bundes. Der Kanton Freiburg trägt bereits einen Grossteil der öffentlichen Ausgaben im BFI-Bereich, da für die Legislaturperiode 2022-2026 die Übernahme der Kosten für die Universität und die HES-SO//FR deutlich erhöht wurde.

Die Bildungspolitik ist ein zentrales Element für den Kanton Freiburg als Universitätskanton, der alle drei Hochschultypen beherbergt: Universität Freiburg, Fachhochschule Westschweiz//Freiburg, und HEP/PH FR. Ausserdem gibt es immer mehr Studierende, und das Wachstum zeigt keine Tendenz, sich zu verlangsamen. Der finanzielle Beitrag des Bundes sollte somit mit diesem Anstieg Schritt halten. Deshalb fordert der Kanton Freiburg, dass er um 5 % auf mindestens 106,5 Millionen Franken erhöht wird.

Der Staatsrat wirkte also auf das Ziel hin, diese kantonalen Interessen zu verteidigen. Zu den Prioritäten gehörte es, vom Bund eine Erhöhung des Budgets um 5 % zu erhalten. Der Staatsrat forderte, dass das sogenannte «Entwicklungsszenario» berücksichtigt wird, d. h. + 3,5 % real für die Finanzierung des BFI-Bereichs in den Jahren 2025-2028. Auf diese Weise könnte der BFI-Bereich für ausreichende Grundlagen sorgen, um das Exzellenzniveau der Schweiz und die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten.



Die Bildung spielt für den Kanton Freiburg eine zentrale Rolle. Letzterer kämpft für die Verteidigung dieses kantonalen Interesses, insbesondere über die Vernehmlassung zur BFI-Botschaft, indem er seine Prioritäten festlegt, um das Exzellenzniveau der Schweiz in diesem Bereich aufrechtzuerhalten. © P. Mülhauser

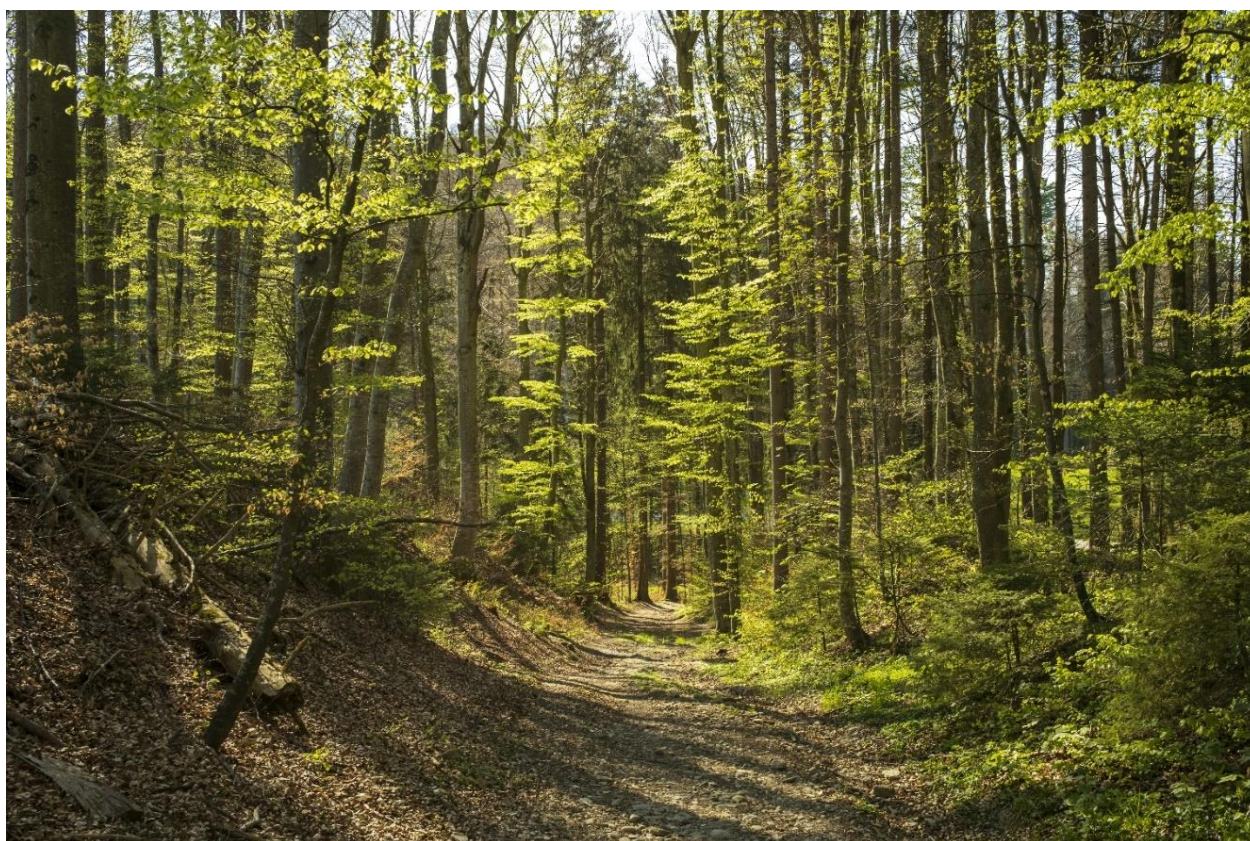
Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes (Motion Fässler)

Der Kanton Freiburg beherbergt eine bedeutende Waldfläche, denn ein Viertel der Fläche des Kantons besteht aus Wald. Der Klimawandel wirkt sich auch auf die Wälder aus, und es ist eine wichtige Aufgabe, die Anpassung der Wälder an dieses grosse Problem zu beschleunigen. Der chronische Regenmangel und die hohen Temperaturen der letzten Jahre beeinträchtigen die Vitalität und Widerstandsfähigkeit der Waldbäume. Diese müssen weiterhin ihre Funktionen erfüllen und ihre Leistungen erbringen können, sei es ökologisch als Luftreiniger oder sozial als Ort der Erholung und der Freizeitgestaltung.

Die Umsetzung einer Klimapolitik, die den Lebensraum bewahrt, ist eine Priorität des Programms 2022-2026, und die dringend notwendige Anpassung

der Wälder an den Klimawandel ist ein Thema, das zu dieser Politik gehört. In diesem Sinne fordert die [Motion Fässler](#) die Weiterführung der drei Massnahmen der Programmperiode 2020-2024 («Stabilitäts-Waldpflege» in allen Entwicklungsstufen, Sicherheitsschläge und klimaangepasste Wiederaufforstungsmassnahmen) und die Erhöhung der Bundesbeiträge um 25 Millionen Franken pro Jahr für die Programmvereinbarung 2025-2028.

Letztere wurde dem Bundesrat überwiesen und in die Vorlage «Programmvereinbarungen im Umweltbereich (2025-2028), für die Abwasserreinigung (2025-2028) und die Restwassersanierung (2025-2028). Verpflichtungskredite» aufgenommen. Der Staatsrat sprach sich für die Motion Fässler aus.



Ein Viertel der Fläche des Kantons Freiburg besteht aus Wald, der aber durch den Klimawandel beeinträchtigt wird. Der Kanton vertritt deshalb die Position der Motion Fässler, die eine dringende Anpassung der Wälder wünscht. © Unsplash / S. Parani

Für unabhängige Printmedien

Mit der parlamentarischen Initiative [22.423](#) «Für eine unabhängige Presse» wird eine auf sieben Jahre befristete Erhöhung der indirekten Medienförderung und die Unterstützung der Vereins- und Stiftungspressen gefordert. Ausserdem möchte die Initiative eine Beihilfe für die Frühzustellung für Zeitungen mit geringer Auflage einführen, d. h. mit einer durchschnittlichen Auflage zwischen 1000 und 40 000 Exemplaren pro Ausgabe. Diese Mittel sollen insbesondere dazu dienen, kleine Verleger bei ihrem Übergangsprozess zu mehr digitalen Angeboten zu unterstützen.

Die beiden Kammern unter der Bundeshauskuppel sind sich dieser Notwendigkeit bewusst, haben jedoch unterschiedliche Meinungen zur Höhe der bereitgestellten Beträge. Im Dezember beantragte der Ständerat, die indirekte Hilfe um 10 Millionen auf 40 Millionen Franken zu erhöhen und einen neuen

jährlichen Beitrag für die Frühzustellung in der Höhe von 25 Millionen Franken einzuführen.

Die Unterstützung für die Vereinspresse sollte bei 20 Millionen Franken bleiben. Das Dossier wird an den Nationalrat zurückgewiesen, der die Unterstützung für die Vereinspresse abschaffen wollte.

Die Frage der Vielfalt und der Unterstützung regionaler Medien ist insbesondere für die Westschweiz und den Kanton Freiburg als zweisprachigen Kanton von grosser Bedeutung, da sich auf seinem Gebiet mehrere lokale und regionale Medien konzentrieren. Im Kanton Freiburg gehören die Zeitungen nicht grossen Medienkonzernen. Um diese Unabhängigkeit und einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst zu erhalten, beschloss der Staatsrat, in den kommenden Jahren eine befristete kantonale Unterstützung zu gewähren. Er hofft, dass eine zeitlich begrenzte Hilfe auch auf Bundesebene ausgerichtet wird.



Der Kanton Freiburg verfügt auf seinem Gebiet über mehrere lokale und regionale Medien, was vor allem auf seine Zweisprachigkeit zurückzuführen ist. Im Bestreben, diese Unabhängigkeit und einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst aufrechtzuerhalten, gewährt der Staatsrat eine kantonale Presseförderung und strebt eine Bundesförderung an. © P. Mülhauser

Umweltschutzgesetz

Am 16. Dezember 2022 überwies der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zur [Änderung des Umweltschutzgesetzes \(USG\)](#). Mit dieser Änderung wollte er Anreize schaffen, damit belastete Böden so schnell wie möglich saniert werden. Insbesondere Kinderspielflächen stellen aufgrund der früheren Düngung des Bodens und der Luftverunreinigung ein Verschmutzungsrisiko dar. So macht der Entwurf zur Revision des USG die Untersuchung und Sanierung von Spielplätzen und öffentlichen Grünflächen zur Pflicht und bezweckt eine effektivere Koordination von Planung und Bau von Wohnungen mit dem Lärmschutz.

Der Freiburger Staatsrat ist der Meinung, dass die Lockerungen beim Lärm nicht notwendig sind, um die innere Verdichtung zu verstärken. Er verteidigt jedoch den beantragten Entwurf des Bundesrates, wonach die

Inhaber der betroffenen Standorte die Kosten für die Untersuchung und Sanierung tragen sollen. Tatsächlich war eine Nutzungseinschränkung angedacht worden, die jedoch unrealistisch erschien, da die Nutzung die Gesundheit der Kinder betrifft. Nach Ansicht des Staatsrats ist für die Luftreinhaltung die Aufhebung der VOCV (Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen) nicht wünschenswert, da das Schutzniveau für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons aufrechterhalten werden muss.

Es sei darauf hingewiesen, dass im Jahr 2018 eine Studie in den Ballungsräumen Murten, Estavayer und Bulle zeigte, dass es einen Zusammenhang zwischen der Nutzungsdauer eines Grundstücks und dem Risiko einer Bodenverschmutzung gibt. Die historischen Quartiere der Städte sind daher besonders betroffen, und die Stadt Freiburg ist kein Einzelfall.



Der Staatsrat nahm Stellung zur Botschaft des Bundesrates über die Änderung des USG zur Sanierung von belasteten Böden.
© Stadt Freiburg / V. Brodard

Begegnung mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Im föderalen System der Schweiz spielt jede staatliche Ebene eine wichtige Rolle. Der Bund, die Kantone und die Gemeinden müssen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. In diesem Sinne unterhält der Staatsrat jährlich direkte Kontakte zu den Bundesrätinnen und Bundesräten, da der Austausch die Möglichkeit bietet, gemeinsame Interessen zu erörtern.

In diesem Jahr traf sich der Staatsrat mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), zu einem Austausch über Themen aus den Bereichen Gesundheit und Kultur. Freiburg als zweisprachiger Kanton versteht sich als Brücke zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle des Bundesamts für Kultur bei der Förderung der Zweisprachigkeit besprochen.

Der Staatsrat brachte seine Sorgen über den Mangel an Hausärzten zum Ausdruck. Der Bund spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, insbesondere in der Humanmedizin. Zur Erinnerung: Der neue Studiengang Medizin an der Universität Freiburg nimmt jedes Jahr 120 Bachelor- und 40 Master-Studierende auf.

Bei der Begegnung wurde auch das Thema der Entwicklung des elektronischen Patientendossiers (EPD) angesprochen, für das es derzeit verschiedene Anbieter gibt. Ziel ist es, dass alle auf einer Plattform zusammengefasst werden. Freiburg hat die interkantonale CARA-Konvention ratifiziert, dank der die Mitgliedskantone (Freiburg, Genf, Jura, Wallis und Waadt) über das elektronische Patientendossier verfügen und bei der Entwicklung der digitalen Gesundheit in ihrer Region zusammenarbeiten können.



Der Freiburger Staatsrat hat sich mit Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), getroffen. Diese Zusammenarbeit führte zu Arbeitsgesprächen u. a. über den Mangel an Hausärzten und über das elektronische Patientendossier. © Etat de Fribourg – Staat Freiburg

Ausbildung in Bundesangelegenheiten

Le Sektor Aussenbeziehungen organisiert einmal pro Jahr eine Ausbildung in Bundesangelegenheiten, um sein Wissen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonsverwaltung weiterzugeben. Diese Ausbildung findet im Haus der Kantone in Bern statt. Während eines Tages werden theoretische Elemente wie die Ausarbeitung eines Gesetzes auf Bundesebene, die Art und Weise, wie man sich über Entscheide des Bundesrates oder des Parlaments informiert, und die Strategie zur Verteidigung von Geschäften, die für den Kanton wichtig sind, gegenüber den Mitgliedern des Bundesparlaments behandelt. Der ganze Tag wird durch praktische Übungen aufgelockert, bei denen die Teilnehmer/innen aufgefordert werden, eine Notiz für ein Mitglied des Bundesparlaments zu einem vorher festgelegten Thema zu verfassen.

An der diesjährigen Ausbildung hatten die Teilnehmer/innen am Ende des Tages die Gelegenheit, mit zwei Freiburger Mitgliedern der eidgenössischen Räte zu sprechen. Ständerätin Isabelle Chassot und Nationalrat Gerhard Andrey gaben den teilnehmenden Personen die Möglichkeit, sich mit ihnen über ihre Arbeit in den Eidgenössischen Räten und in den parlamentarischen Kommissionen auszutauschen.

Ziel des Tages ist es, über die Vermittlung von theoretischen und praktischen Elementen hinaus Kontakte für die Bearbeitung künftiger Geschäfte knüpfen zu können. Die Ausbildung ist ein grosser Erfolg, mit etwa 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Direktionen und Hierarchieebenen. Der Tag soll in Zukunft je nach Bedarf weiter ausgebaut werden.



Der jährlich stattfindende Ausbildungstag für Bundesangelegenheiten soll den Austausch zwischen dem Sektor Aussenbeziehungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung fördern. Er ermöglicht auch ein Treffen zwischen Ständerätin Isabelle Chassot, Nationalrat Gerhard Andrey und den teilnehmenden Personen. © Y.Jaccard

2 Interkantonale Beziehungen

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Der Kanton Freiburg wird in der [Konferenz der Kantonsregierungen](#) (KdK) von Staatsrat Olivier Curty vertreten. Er nimmt nicht nur an den vier jährlichen Plenarversammlungen, sondern auch an der [Europakommission](#), in der er Mitglied ist, teil.

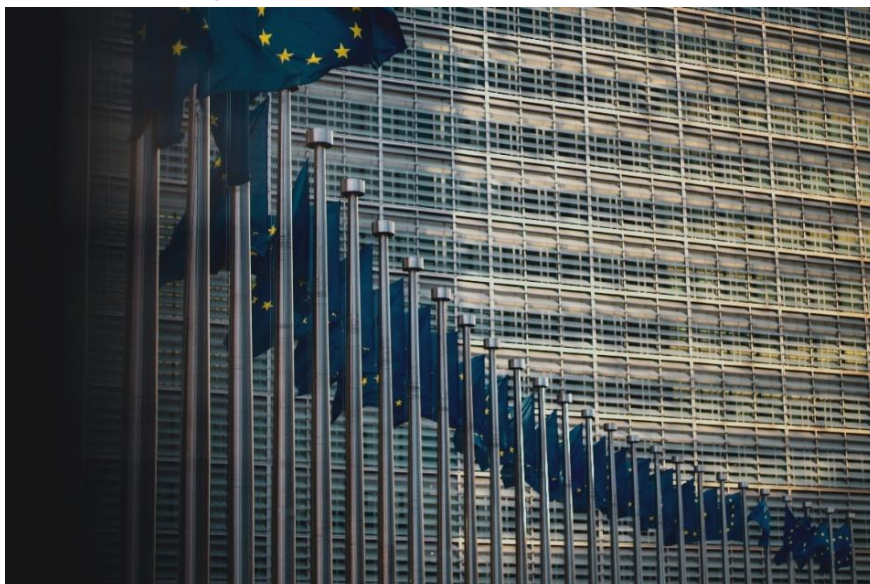
Das Jahr 2024 wurde vor allem durch die gemeinsame Stellungnahme der Kantone vom 2. Februar 2024 zum Entwurf des Verhandlungsmandats geprägt. Viele Aspekte der EU-Dossiers fallen nämlich in den Zuständigkeitsbereich der Kantone. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese in die Verhandlungen miteinbezogen werden. Die Kantone begrüßten im Übrigen die Verabschiedung des Verhandlungsmandats im März 2024. Die Europakommission verfolgt die Entwicklung der Verhandlungen genau und wird regelmässig über die verschiedenen Punkte der Verhandlungen informiert.

In anderen Geschäften haben die Kantone bei den eidgenössischen Abstimmungen im März und September verschiedene Stellungnahmen abgegeben. Sie sprachen sich für das Gesetz über eine sichere Stromversorgung aus erneuerbarer Energie und für die

einheitliche Finanzierung von Leistungen im Gesundheitssystem aus. Hingegen lehnten sie die Initiative zur Prämienverbilligung ab.

Die Bundesfinanzen sind unter Druck geraten, und der Bundesrat hat für die nächsten Jahre Sparmassnahmen vorgeschlagen. Auch wenn gesunde Bundesfinanzen im Interesse der Kantone sind, lehnen die Kantone eine Lastenabwälzung vom Bund auf die Kantone ab, insbesondere angesichts des Projekts «Aufgabenentflechtung 27». Es ist besser, zunächst eine Aufgabenentflechtung durchzuführen, damit die verschiedenen Ebenen anschliessend die notwendigen Sparmassnahmen beschliessen können. Der Bundesrat folgte diesem Argument und änderte einige Sparmassnahmen.

Die Kantone konnten sich auch zum Evaluationsbericht des Finanzausgleichs äussern. Die Freiburger Regierung unterstützte den Bericht insgesamt, wies jedoch darauf hin, dass die Ungleichheiten zwischen Kantonen mit hohem und solchen mit niedrigem Potenzial tendenziell zunehmen.



Der Kanton Freiburg verfolgt die Verhandlungen zwischen der Eidgenossenschaft und Europa intensiv. Die Kantone beteiligen sich insbesondere über die KdK und die Europakommission an den Verhandlungen. Ausserdem verabschiedete die Konferenz der Kantonsregierungen verschiedene Stellungnahmen zu den Abstimmungsvorlagen.

© Unsplash / C. Lue

Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

In der Sitzung des Vorstands der [Westschweizer Regierungskonferenz](#) (WRK) vom 31. Mai 2024, die im Kanton Jura stattfand, wurden das Präsidium und das Vizepräsidium für den Zeitraum 2024-2026 besetzt. Nach einem festgelegten Turnus hat der Kanton Bern das Präsidium übernommen. Das Vizepräsidium ging an den Kanton Freiburg, an Staatsrat Olivier Curty.

Die WRK konzentrierte sich in ihren Sitzungen auf Themen, welche die Mitgliedskantone (Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura) allgemein betrafen. In den letzten Sitzungen wurden insbesondere wichtige Dossiers wie die Europapolitik und die Medienpolitik behandelt, zwei Themen, die übrigens in diesem Bericht näher erläutert werden.

Im September 2024 organisierte die WRK eine Veranstaltung im Bundeshaus, bei der die Westschweizer Fachhochschule HES-SO im Mittelpunkt stand. Zu dieser Veranstaltung gab es viele positive Rückmeldungen von den Gästen. Eine hohe Besucherzahl und eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Dienstleistern und den Parlamentsdiensten waren während des gesamten Abends spürbar. Ausserdem fördern solche Veranstaltungen die Sichtbarkeit der WRK, da auf der LinkedIn-Seite der WRK über 1300 Eindrücke und eine Anklickrate von 99 % (gegenüber 5 % bei Beiträgen ohne Bilder) gezählt wurden. Das ist auch auf die Anwesenheit von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans sowie einer grossen Anzahl von Parlamentsmitgliedern zurückzuführen.



Die Westschweiz ist eine Region mit grossen Stärken. Sie konnten bei der Veranstaltung im Bundeshaus vorgestellt werden. Es wurde auf die Bedeutung der Hochschulen sowie auf die bedeutenden Wirtschaftssektoren der Westschweiz hingewiesen. © WRK

Hauptstadtregion Schweiz (HRS)

Der Verein [Hauptstadtregion Schweiz](#) (HRS) umfasst fünf Kantone (Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis) sowie mehrere Städte, Gemeinden und regionale Organisationen. Mit ihren sieben Themen fasst sie verschiedene Aktivitäten mit dem Ziel zusammen, die Bedeutung der betreffenden Regionen als innovativer Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken.

Das Komitee verfügt über ein Co-Präsidium, in das Staatsrat Didier Castella 2023 für die nächsten zwei Jahre gewählt wurde und das er seit Juni 2024 mit Frau Andrea de Meuron, Gemeinderätin von Thun und Mitglied des Grossen Rates, teilt. Bei der Wahl von Staatsrat Didier Castella hatte dieser betont, dass er der Förderung der Zweisprachigkeit besondere Aufmerksamkeit widmen wolle, die im Übrigen ein Kernthema des Kantons Freiburg sei. Ausserdem plant er, sein Engagement im Lebensmittelbereich über den Cluster Food & Nutrition fortzusetzen.

Am 29. November empfing der Kanton Freiburg das

Forum 2024 zum Thema «Gemeinsam die Ernährung von morgen gestalten» und arbeitete an dessen Organisation mit. Das Thema, das zu denjenigen des Vereins gehört, steht auch im Mittelpunkt vieler Herausforderungen unserer Gesellschaft und des Kantons. Die HRS organisierte acht Workshops, in denen die angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmer einige Akteurinnen und Akteure dieses Ökosystems kennenlernen konnten. Dessen Programm entsprach den Absichten des Staatsrats, da das Forum über die gewählte Thematik hinaus auch den «Preis für Zweisprachigkeit» verlieh.

Die 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung konnten gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertreter der Workshops zu den Themen Landwirtschaft und Ernährung arbeiten. Nach der Veranstaltung, die von der HRS und dem Kanton Freiburg gemeinsam organisiert wurde, gab es zahlreiche positive Rückmeldungen.



Das Forum der Hauptstadtregion Schweiz bietet allen interessierten Personen die Möglichkeit, mehr über ein Thema zu erfahren. Bei der Veranstaltung, die in Freiburg stattfand, wurde die Gastronomie in den Vordergrund gerückt, sei es über ihre kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Seite. © Etat de Fribourg – Staat Freiburg

3 Internationale Beziehungen

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Der Kanton Freiburg ist Mitglied der [Assembly of European Regions](#) (AER) oder Versammlung der Regionen Europas (VRE), in der 130 Regionen aus ganz Europa, darunter auch Zürich und Basel, vertreten sind. Diese Mitgliedschaft ermöglicht die Zusammenarbeit mit Regionen, um Solidarität, Vielfalt und den Wissensaustausch zwischen verschiedenartigen Regionen zu fördern.

Die VRE sieht auch Task Forces nach verschiedenen wichtigen Themen vor, und die Aussenbeziehungen koordinieren sich mit den Ämtern, um die Zuweisung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Arbeitsgruppen festzulegen. Herr Urs Zaugg, wissenschaftlicher Berater der ILFD, ist Mitglied der Task Force «Landwirtschaft und ländliche Entwicklung». Vor kurzem hat diese eine Stellungnahme verabschiedet, mit der eine integrierte Strategie für den ländlichen Raum entwickelt, die Lebensqualität der Menschen, die in ländlichen Gebieten und im Agrarsektor arbeiten, verbessert, ländliche Gebiete zu einem attraktiven Ort für die junge Generation gemacht, die Governance der Agrarpolitik

verbessert und die Unterstützung für den Agrarsektor verstärkt werden sollen.

Darüber hinaus öffnet die VRE die Tür zu europäischen Programmen und fördert die politische Teilnahme und die Mobilität junger Menschen. Die Summer Academy zum Beispiel findet alle zwei Jahre statt, bringt viele junge Menschen (zwischen 20 und 35 Jahren) zusammen. Sie wird in Zusammenarbeit mit «[Climbing the Ladder](#)» organisiert. Diese jungen Menschen engagieren sich meist in Jugendorganisationen, Jugendparlamenten oder sind junge Lokalpolitikerinnen und -politiker. Vom 12. bis 16. August 2024 reiste der Freiburger Delegierte für Aussenbeziehungen im Rahmen dieser Summer Academy nach Bodo in Norwegen, er wurde von etwa 100 weiteren Personen aus rund 20 verschiedenen Ländern begleitet. Das zentrale Thema war «die Förderung der Partizipation junger Menschen und der Inklusion durch die Kultur». Es wurden zahlreiche Workshops zu den Themen Partizipation durch die Kultur und Förderung von Minderheiten veranstaltet.



Die Versammlung der Regionen Europas konzentrierte sich im Jahr 2024 auf die Jugend und darauf, wie sie in die verschiedenen politischen Prozesse und Entscheidungsfindungen auf regionaler Ebene einbezogen werden kann. Kultur ist eine der Möglichkeiten, die Jugend zu integrieren. Dieses Thema wurde bei der Summer Academy in Bodo, Norwegen, diskutiert. Auf dem Foto posieren alle Teilnehmer/innen der Summer Academy 2024. © Stig-Rune Holien

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Der [Kongress der Gemeinden und Regionen Europas](#) (KGRE) ist eine Institution des Europarates, deren Ziel es ist, die lokale und regionale Demokratie in den 46 Mitgliedsstaaten zu stärken. Der KGRE setzt sich aus zwei Kammern zusammen, der Kammer der Gemeinden und der Kammer der Regionen. Ausserdem wird die Arbeit des Kongresses in drei Kommissionen organisiert, nämlich in der Kommission für aktuelle Fragen, in der Monitoringkommission und schliesslich in der Governancekommission. Staatsrat Didier Castella ist Mitglied der letztgenannten Kommission, die rechtliche und politische Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung untersuchen soll. Er ist ausserdem Stellvertreter für die Kammer der Regionen und Mitglied der Partei «Unabhängige Liberale und Demokratische Fraktion».

An der Veranstaltung, die vom 14. bis 17. Oktober in Strassburg stattfand, sprach der Staatsrat Didier Castella über die Kreislaufwirtschaft, insbesondere im Kanton Freiburg. Er konnte auf Innovationen hinweisen, die im Kanton zum Thema der Kreislaufwirtschaft eingeführt wurden, und innerhalb des Arbeitstreffens für die Kreislaufwirtschaft werben. So durfte er den vom Kanton Freiburg ausgearbeiteten «Fahrplan für die Kreislaufwirtschaft» erwähnen und einige der 60 darin enthaltenen Massnahmen erläutern.

Der Staatsrat Didier Castella hatte die Gelegenheit, zahlreiche Personen zu treffen, darunter den Schweizer Botschafter beim Europarat, Herr Claude Wild, Vertreter der Region Grand Est und der Versammlung der Regionen Europas. Während des Aufenthalts fand auch ein Austausch mit dem Generalsekretär des Europarats und ehemaligen Bundesrat, Herr Alain Berset, statt.



Grand Est

Der Kanton Freiburg unterhält enge Beziehungen zur Region Grand Est in Frankreich. Die ersten Kooperationen fanden im kulturellen Bereich statt, später wurden sie auf den wirtschaftlichen Bereich ausgeweitet. Heute tauschen sich die Region Grand Est und der Kanton Freiburg regelmässig über die Themen Bioökonomie und Wasserstoff aus.

Im kulturellen Bereich werden Vereinbarungen, die vor der Covid-19-Pandemie in Kraft waren und auf Eis gelegt wurden, wiederbelebt. Es finden tatsächlich erste Gespräche zur Erleichterung des kulturellen Austauschs statt.

Der Kanton Freiburg nimmt am Interreg-Programm teil, das die Entwicklung von grenzüberschreitenden

Projekten ermöglicht. 2024 erhielt ein gemeinsames Projekt des Kantons Freiburg und der Region Grand Est Finanzmittel. Es handelt sich um das Projekt [GreenSKHy](#).

Am 10. Oktober 2024 organisierte Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg das Bioeconomy Forum. Das Programm brachte die Akteure des Bereichs aus verschiedenen Ländern und Regionen Europas zusammen. Im Rahmen dieser Veranstaltung kam eine Delegation der Region Grand Est nach Freiburg. Es wurden konkrete Gespräche geführt, um zukünftige Partnerschaften und Projekte zu entwickeln.



Der Austausch mit der Region Grand Est ist ein wichtiger Bestandteil der internationalen Partnerschaften des Kantons Freiburg. Eine Delegation der Region Grand Est ist anlässlich des Bioeconomy Forums nach Freiburg gekommen. © WIF

Besuch des Botschafters der Europäischen Union

La Für die Aussenpolitik ist grundsätzlich der Bund zuständig. Dennoch legt die Bundesverfassung fest, dass, wenn wesentliche Interessen eines Kantons betroffen sind, dieser ein Mitwirkungsrecht hat ([Art. 54 ff. BV](#)).

So hat der Kanton Freiburg die Entwicklungen des Europadossiers, die positiven und negativen Auswirkungen der bilateralen Beziehungen und eine Vertretung der Interessen des Kantons in Europa beim Bundesrat genau verfolgt. Die fortschreitende Erosion des Zugangs von Unternehmen zum Binnenmarkt, die Blockierung bestimmter Projekte für sektorielle Abkommen, z. B. im Energiebereich, und die Nichtassoziiierung der Schweiz mit den europäischen Forschungsprogrammen schaden den Interessen des Kantons Freiburg. In dieser Hinsicht hat der Kanton Freiburg wiederholt die Absicht, stabile Beziehungen mit der EU aufrechtzuerhalten, unterstützt und sein

Interesse an der Weiterentwicklung seiner Abkommen gezeigt.

Die EU und der Kanton teilen viele gemeinsame Werte und befinden sich insbesondere bei Sprache, Geschichte, Wirtschaft oder Kultur in derselben Situation. Die Staatsräte Jean-Pierre Siggen und Olivier Curty sowie der Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz, Herr Petros Mavromichalis, haben sich am 19. Dezember 2024 getroffen. Die Staatsräte und der Botschafter sprachen über den Stand der Verhandlungen und betonten die Bedeutung stabiler und verlässlicher Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Sie tauschten sich über bestimmte Themen aus, wie das geplante Stromabkommen oder die Bedeutung von EU-Programmen wie Horizon für den Kanton Freiburg als Bildungs- und Forschungskanton. Auch die Wirtschaftsbeziehungen wurden angesprochen..



Der Besuch des EU-Botschafters bot die Gelegenheit, den Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu erörtern und bestimmte Themen wie Wirtschaft oder Energie zu vertiefen. Alle Themen, über die derzeit verhandelt wird, konnten angesprochen werden. © Etat de Fribourg – Staat Freiburg

4 Rückblick in Bildern



Estavayer-le-Lac, 16. April 2024

Der Staatsrat empfängt die Regierung des Kantons Neuenburg Nach einer Seeüberquerung als Zeichen der guten Zusammenarbeit wurden in Estavayer-le-Lac Themen wie die Schifffahrt und die Berufsfischerei auf dem Neuenburgersee besprochen.



Freiburg, 7. Mai 2024

Der Staatsrat tauschte sich mit der kroatischen Botschafterin Andrea Bekić und ihrem Ersten Sekretär Saša Čvrljak aus. Der Besuch bot Gelegenheit, die Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft und Bildung zu erörtern.



Witzwil (BE), 29. Mai 2024

Arbeitssitzung mit dem Regierungsrat des Kantons Bern. Nach einem Austausch über die Agrarpolitik und die Eisenbahninfrastruktur wurde die renovierte Justizvollzugsanstalt in Witzwil besichtigt.



Delsberg, 31. Mai 2024

Während der Sitzung des Vorstands der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) war der Botschafter und Staatssekretär des EDA, Alexandre Fasel, anwesend, um die Verhandlungen mit der Europäischen Union zu behandeln.



Les Faverges, 6. Juni 2024

Höflichkeitsbesuch des Regierungsrats des Kantons Uri auf Freiburger Boden, in Freiburg und im Weingut Les Faverges.



Freiburg, 19. Juni 2024

Florian Schütz, Direktor des Bundesamts für Cybersicherheit, unterhält sich mit Staatsrat Romain Collaud und seinen Mitarbeitern der Direktion für Sicherheit, Justiz und Sport über Cybersicherheit und die Herausforderungen für den Kanton.



Freiburg, 4. Juli 2024

Der Staatsrat lädt jedes Jahr höhere Bundesbeamte, die Freiburg nahestehen, zu einer Veranstaltung in einem geselligen Rahmen ein. Dieses Jahr konnten sich die Gäste des Staatsrats im Rahmen der 20. Auflage des Festivals Geistlicher Musik in einem bukolischen Rahmen austauschen.



5 Anhänge

Direktorenkonferenzen

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene (Stand am 31.12.2024)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	FIN-Direktor	Mitglied
Tripartite Konferenz (TK)	RIMU-Direktor	Präsident
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RIMU-Direktor	Präsident
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	RIMU-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VWB-Direktor	Mitglied
Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktor	Vizepräsident
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	ILF-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)	GS-Direktor	Mitglied
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	BKA-Direktorin	Vize-Präsidentin
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	BKA-Direktorin	Vorstandsmitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt (FDKL)	SJS-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJS-Direktor	Mitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Vorstandsmitglied

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2024)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Conférence latine des directeurs cantonaux du numérique (CLDN)	FIN-Direktor	Vizepräsident
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz (CLDF)	FIN-Direktor	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltdirektoren der Westschweiz und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RIMU-Direktor	Präsident
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	RIMU-Direktor	Präsident
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	VWB-Direktor	Vizepräsident
Regierungsausschuss FH-WS	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Greater Geneva Berne Area (GGBa)	VWB-Direktor	Mitglied
Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS)	VWB-Direktor	Präsident
Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	ILF-Direktor	Co-Präsident
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	GS-Direktor	Mitglied
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP): Plenarversammlung Kultur	BKA-Direktorin	Präsidentin
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	BKA-Direktorin	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	BKA-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJS-Direktor	Mitglied
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	SJS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJS-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJS-Direktor	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Präsidentin

Interkantonale Vereinbarungen

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess (Stand am 31.12.2024)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand
1	Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (WfV)	01.01.2021	Alle Kantone	GSD	GDK	Freiburg ist Ende 2021 beigetreten und die Vereinbarung ist am 01.01.2022 in Kraft getreten.
2	Interkantonale Vereinbarung CARA über das elektronische Patientendossier	2021	FR-VD-GE-VS-JU	GSD	-	Die Vereinbarung trat nach der Ratifizierung durch die Parlamente der Vertragskantone rückwirkend am 1. Februar 2024 in Kraft.
3	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Sanitätskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle Westschweizer Kantone	GSD	GDK	Freiburg hat die Vereinbarung am 19.06.2019 ratifiziert. Es ging um die Legitimierung und die nachhaltige Sicherung der seit 2004 vom GRIMCA begonnenen Arbeiten.
4	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	Immer gültig (SPS)
5	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 22.12.2020 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten per 01.01.2020.
6	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 14.01.2021 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten per 01.01.2020. Die Gemeinde Montagny hat

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliche s Datum des Inkrafttretens:	Betroffen e Kantone	Zuständige Direktion	Betreffend e Direktoren- konferenz	Stand
						die genannte Vereinbarung am 29.11.2022 infolge Auflösung der Feuerwehr gekündigt. Eine neue Vereinbarung wird derzeit ausgearbeitet.
7	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltungsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RIMU	-	Gesetz vom 08.11.18 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltungsdienst für das Nationalstrassennetz SIERA
8	Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	2022	Alle Kantone	RIMU	BPUK	Verabschiedung durch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) am 15.11.2019, Freiburg per Gesetz vom 01.02.2022 beigetreten (in Kraft ab 01.01.2023)
9	Zusammenarbeitsvereinb arung für die Entwicklung und Verwaltung der Anwendung Kompass21	22.03.2021	VD, VS, FR	RIMU	BPUK	Unterzeichnet am 22.03.2021
1 0	Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (ISV)	2025-2026	Alle Kantone	BKAD	EDK	In Ratifikation. Botschaft des Staatsrats vom 26. November 2024 an den Grossen Rat.
1 1	Vereinbarung über interkantonale Polizeieinsätze (IKAPOL)	01.01.2025	Alle Kantone	SJD	KKJPD	Beitrittsverordnung des Staatsrats in Kraft getreten am 01.12.2024
1 2	Übereinkommen vom 21. März 2024 zur Revision des Konkordats vom 18. Oktober 1996 über die Sicherheitsunternehmen	01.01.2025	FR-GE- JU-NE- VS-VD	DSJS	CLDJP	Beitrittsgesetz vom Grossen Rat angenommen am 10.10.2024 in Kraft getreten am 01.12.2024
1 3	Vereinbarung zwischen den Kantonen und dem	01.01.2025	Alle Kantone	SJD	KKJPD	Beitrittsgesetz vom Grossen Rat angenommen

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliche s Datum des Inkrafttretens:	Betroffen e Kantone	Zuständige Direktion	Betreffend e Direktoren- konferenz	Stand
	Bund über die Harmonisierung der Informatik in der Strafrechtspflege (KHIS)					am 10.10.2024 in Kraft getreten am 01.12.2024
1 4	Interkantonale Vereinbarung über die Organisation und Verwaltung der Polizei des Neuenburgersees	11.06.2014	FR-VD- NE	SJD	-	Wird derzeit überarbeitet

Staatskanzlei SK

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg
T +41 26 305 10 45
staatskanzlei@fr.ch, www.fr.ch/sk

—

März 2025

—

Copyright: © Patrick Mülhauser

—

Auf 100 % umweltfreundlichem Papier gedruckt